

Rede von Ratsmitglied Manfred Krause

TOP 10 der Ratssitzung vom 6. Dezember 2018

„RWE: Beschleunigter Braunkohleausstieg und neue Leitentscheidung ...“

Wer in den letzten Tagen aufmerksam die Nachrichten verfolgt hat, wird davon überrascht worden sein, dass der CO₂-Ausstoß in diesem Jahr laut Angaben (World Climate Verein) erneut um mehr als 2% weltweit gestiegen ist, und dass der Generalsekretär der Vereinten Nationen in einem dramatischen Appell an die Weltklimakonferenz in Kattowitz deutlich gemacht hat, dass die Menschheit ihre Anstrengungen zur Begrenzung des Klimawandels auf unter 2% nicht verdoppeln sondern verdreifachen müsste. Sonst blieben die angestrebten Zahlen Makulatur.

US-Regierungsbehörden haben in ihrem letzten Report zum Klimawandel ausgeführt, dass sie mit 3-4% Temperatursteigerung in diesem Jahrhundert rechnet, was den US-Präsidenten jedoch nicht daran hindert, den Temperaturanstieg als Verschwörung der chinesischen Regierung zu brandmarken. Was ein solcher Temperaturanstieg bedeutet, haben wir dieses Jahr schon weltweit beobachten können: verheerende Waldbrände in Griechenland oder Kalifornien, Starkregenereignisse mit massiven Überschwemmungen, lange Trockenheitsperioden mit kaum noch befahrbaren wichtigen Binnenschifffahrtsrouten wie dem Rhein, versinkende Inseln in den Weltmeeren ... und in der Folge finanzielle Schäden in Milliardenhöhe.

Der Weltklimarat (IPCC) ging in seinem letzten Bericht vor einigen Monaten davon aus, dass – wenn wir das 1,5%-Reduktionsziel wirklich erreichen wollten – wir bis 2030 komplett aus den fossilen Energien aussteigen müssten.

Insgesamt düstere Aussichten, aber gleichzeitig machen sich unzählige Städte in den USA und aller Welt dafür stark, den CO₂-Ausstoß massiv einzudämmen. Es wird ein Wettrennen darum geben, ob wir mit diktatorischen oder mit demokratischen Methoden den Klimawandel begrenzen können.

Aber was können wir in unserem Verantwortungsbereich tun?

1. Der entscheidende Hebel, die Klimaschutzziele der Bundesregierung bis 2020 (40% weniger Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990) und bis 2030 überhaupt noch ansatzweise zu erreichen, ist der Ausstieg aus der Kohleförderung, insbesondere aber aus der Braunkohleförderung. Nötig wäre nach übereinstimmiger Meinung der unterschiedlichsten Gutachten die kurzfristige Stilllegung nennenswerter Teile der Braunkohleproduktion und –verstromung (und natürlich begleitend der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien).
2. Wir sind seit Jahrzehnten mit größeren Aktienpaketen (ca. 285.000) Mitinhaber des RWE, des großen und einzigen Braunkohleförderers in NRW. Seit Jahrzehnten leiden wir zusätzlich unter den Folgen der Braunkohlegewinnung da sich unsere Stadt direkt in der Abgasfahne der großen Braunkohlekraftwerke befindet.
3. Das hat in den 1980er und 90er Jahren dazu geführt, dass der Solinger Stadtrat sich mehrfach mit Beschlüssen zu RWE-Geschäftspolitik geäußert und eine umfassende Entschwefelung und Entstickung der RWE-Braunkohlekraftwerke gefordert hat. Es

wurden in diesem Zusammenhang Gutachten von Seiten der Stadt vergeben, mit Kraftwerksdirektoren Gespräche geführt, und Ratsvertreter haben sich mehrfach auf RWE-Hauptversammlungen hierzu geäußert und eine Änderung der RWE-Geschäftspolitik eingefordert. Auch heute mauert das RWE (und die Bundesregierung) erneut, die technischen Möglichkeiten einzusetzen, die Kraftwerke in Sachen Stickoxid- und Quecksilberausstoß – so wie von den EU-Behörden vorgegeben – sauberer zu machen. Durch die Gerichtsentscheidung in Münster ist klar geworden, dass die Braunkohlenrahmenpläne die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinien der EU zur Ausweisung besonders schützenswerter Natur- und Waldflächen im Bereich des Hambacher Forstes sehr wahrscheinlich nicht wirklich beachtet haben. Auch der verbliebene Rest des Hambacher Waldes ist höchst schützenswürdig, und deshalb ist – ähnlich wie die im Abbaugbiet Garzweiler, das vor wenigen Jahren verkleinert und der Ort Holzweiler gerettet werden konnte – eine neue Leitentscheidung zur Verringerung des Braunkohleabbaus notwendig, die insbesondere den Erhalt des Hambacher Waldes beinhalten sollte. RWE hat jetzt schon begonnen, die Förderung im Abbaugbiet Hambach zurück zu fahren, um jährlich 10 Mio. to. – also um etwa ein Drittel. Das sollte auch auf Perspektive nicht wieder geändert werden. Im Gegenteil!

4. Der kürzlich erfolgte einstimmige Beschluss der Umweltminister Deutschlands (Link), den wir den Ratsmitgliedern in den letzten Tagen haben zukommen lassen, macht deutlich, dass es ein Ende der Blockadepolitik von Bundesregierung und Braunkohlebetreibern erfolgen muss, die schärferen Grenzwerte für Stickoxide und Quecksilber nicht zu akzeptieren und die EU-Fristen zur Einhaltung derselben verstreichen zu lassen. Die Umweltministerkonferenz fordert die Bundesregierung auf, die EU-Vorgaben zu den besten verfügbaren Techniken für Großfeuerungsanlagen endlich umzusetzen und ambitionierte Grenzwerte für Stickoxide und Quecksilber vorzusehen. Nicht nur die menschlichen Atemwege werden geschädigt, Quecksilber ist ein hochgiftiges Schwermetall, das auch bei geringen Konzentrationen schwerwiegende Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit hat.
5. Last not least sollten wir das tun, was zahlreiche Städte und Landkreise uns in den letzten Jahren vorgemacht haben: auch die restlichen RWE-Aktien zu verkaufen, 285.000 Stück, die nach der Liquidation der verschachtelten Holding-Gesellschaften im nächsten Jahr erstmals wieder verfügbar sind. Der Wirtschaftsplan der Solinger Beteiligungsgesellschaft sieht dies inzwischen als Absichtserklärung vor, auch um die Beteiligungsgesellschaft liquide zu halten. Wir sollten das jetzt auch beschließen.

So wie weltweit Pensionsfonds oder Städte aus der Kohle und der Kohlefinanzierung aussteigen, sollten wir unsere RWE-Aktien verkaufen. Sie sind nicht nur eine äußerst risikobehaftete Anlage, sie haben auch keinerlei strategische Berechtigung mehr. Mehrfach mussten die Solinger Aktienbestände schon abgewertet werden. Und dies alles hat auch Auswirkungen auf die Energiepolitik unserer Stadt: das hochmoderne, hocheffiziente Gaskraftwerk in Hamm, an dem unsere Stadt mit 2,4 % über unsere Stadtwerke beteiligt ist, und das nur ein Drittel der CO₂-Emissionen wie ein vergleichbares Braunkohlekraftwerk ausstößt, musste vor zwei Jahren in den Stilllegungsmodus versetzt werden, weil es mit den abgeschriebenen Braunkohlekraftwerken nicht konkurrieren konnte. Die „Brückentechnologie“ wurde stillgelegt, die Zeche zahlen zahlreiche Stadtwerke und der Solinger Haushalt. Deshalb: wer die Finanzen unserer Stadt stärken will, der muss sich von den RWE-Aktien verabschieden.